

TEIL A: PLANZEICHNUNG



VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

	GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 7 BAUGB)
	SONSTIGES SONDERGEBIET - GEBIET FÜR GROSSFLÄCHIGEN EINZELHANDEL; HIER: LEBENSMITTELMARKT (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 11 ABS. 3 BAUNVO)
	GOK max. 186,00 NHN
	GRZ 0,8
	BAUGRENZE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB UND § 23 ABS. 3 BAUNVO)
	ABWICHEINDE BAUWEISE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB UND § 22 ABS. 4 BAUNVO)
	FLÄCHE FÜR STELLPLÄTZE UND NEBENANLAGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB)
	ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTSBEREICH (§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)
	OBERRIDISCHE VERSORGUNGSLEITUNGEN; HIER: 20-KV-FREILEITUNG / 110/20-KV-FREILEITUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)
	MIT LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB)
	MIT LEITUNGS-, GEH- UND FAHRRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHE (§ 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB)
	ERLÄUTERUNG DER NUTZUNGSSCHABLONE

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (ANALOG § 9 BAUGB + BAUNVO)

1. BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

§ 12 ABS. 3A BAUGB I.V.M. § 9 ABS. 2 BAUGB

Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB wird unter Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

2. SONSTIGES SONDERGEBIET - GEBIET FÜR GROSSFLÄCHIGEN EINZELHANDEL; HIER: „LEBENSMITTELMARKT“

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

Siehe Plan.
Sonstiges Sondergebiet gem. § 11 Abs. 3 BauNVO - Gebiet für großflächigen Einzelhandel; hier: Lebensmittelmarkt

Zulässig sind analog § 11 Abs. 3 BauNVO:

- ein Lebensmittelmarkt mit einer maximalen Verkaufsfläche von 1.200 qm
- Lagerräume
- Funktions- und Nebenräume
- Verwaltungsräume
- Auflauf- / Sozialräume für Personal
- Nebenanlagen
- Stellplätze
- Einkaufswagenbox
- Backshop / Backvorbereitung
- Abfallpresse
- Wertstoff- und Abfallbehälter
- alle sonstigen für den ordnungsgemäßen Betrieb des Lebensmittelmarktes erforderlichen Einrichtungen
- Ladestationen für Elektromobile
- Kfz-Waschanlage

3. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. §§ 16 - 21A BAUNVO

3.1 GRUNDFLÄCHENZAHL

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 18 BAUNVO

Die Grundflächenzahl (GRZ) wird analog § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 1 und Abs. 4 BauNVO auf 0,8 festgesetzt.

Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von

- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
- Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO,
- bauliche Anlagen innerhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

mitzurechnen.

Analog § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO darf die festgesetzte GRZ im Sondergebiet durch Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 und baulichen Anlagen innerhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird (§ 19 Abs. 4 Nr. 1-3 BauNVO) insgesamt bis zu einer GRZ von 0,9 überschritten werden.

3.2 HÖHE BAULICHER ANLAGEN; HIER: MAX. ZULÄSSIGE GEBÄUDEBERKANTE (GOK)

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 18 BAUNVO

Siehe Plan.
Für bauliche Anlagen im Sondergebiet wird die maximale zulässige Gebäudeoberkante mit maximal 186,00 m NHN festgesetzt.

4. BAUWEISE

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 22 BAUNVO

Siehe Plan.
Analog § 22 Abs. 4 BauNVO wird die abweichende Bauweise (a) festgesetzt. Demnach sind Gebäudeanlagen von mehr als 50 m zulässig. Eine Befreiung ohne Einhaltung des Grenzabstandes ist zulässig.

5. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 23 ABS. 3 BAUNVO

Siehe Plan.
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplangebiet durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Analog § 23 Abs. 3 BauNVO dürfen Gebäude und Gebäudeteile die Baugrenze nicht überschreiten. Demnach sind die Gebäude innerhalb des im Plan durch Baugrenzen definierten Standortes zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen ins geringfügigere Ausmaß kann ausnahmsweise zugelassen werden.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Baugbiet gelegenen Grundstücke oder des Baugbiets selbst dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen (z.B. Kfz-Waschanlage, Ladestationen für Elektromobile, befestigte Zufahrten und Zugänge, Wege sowie alle sonstigen für den ordnungsgemäßen Betrieb des Lebensmittelmarktes erforderlichen Einrichtungen (z.B. Abfallpresse & -behälter). Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend.
(Siehe ergänzend auch Festsetzung der Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen analog § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

6. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND NEBENANLAGEN

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB

Siehe Plan.
Stellplätze und Nebenanlagen sind sowohl innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen als auch in den festgesetzten Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen zulässig. Innerhalb der festgesetzten Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen sind eine Kfz-Waschanlage und Ladestationen für Elektromobile zulässig.

7. ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTSBEREICH

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

Siehe Plan.
Das Plangebiet wird über die Straße „Sarköver Straße“ erschlossen. Die zentrale Ein- und Ausfahrt zum Kundenparkplatz sowie für die Anlieferung ist im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes ausschließlich in dem dafür vorgesehenen Bereich zulässig.

8. FÜHRUNG VON VERSORGUNGSLEITUNGEN; HIER: 20-KV-FREILEITUNG / 110/20-KV-FREILEITUNG

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB

Siehe Plan.
Der Verlauf der 20-kV-Freileitung der Stadtwerke Merzig GmbH sowie der 110/20-kV-Freileitung der VSE Verteilnetz GmbH werden gem. ihrer Lage als oberirdische Versorgungsleitungen in den Bebauungsplan aufgenommen und festgesetzt.

9. MIT LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB

Siehe Plan.
Die planungsgemäße Nutzung der Flächen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes liegen, ist im Rahmen der geltenden Vorschriften zu berücksichtigen. Die Flächen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes liegen, sind im Rahmen der geltenden Vorschriften zu berücksichtigen.

10. MIT LEITUNGS-, GEH- UND FAHRRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB

Siehe Plan.
Die planungsgemäße Nutzung der Flächen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes liegen, ist im Rahmen der geltenden Vorschriften zu berücksichtigen. Die Flächen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes liegen, sind im Rahmen der geltenden Vorschriften zu berücksichtigen.

11. ANPFLANZUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN

ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 25A BAUGB

Siehe Plan.
Die planungsgemäße Nutzung der Flächen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes liegen, ist im Rahmen der geltenden Vorschriften zu berücksichtigen. Die Flächen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes liegen, sind im Rahmen der geltenden Vorschriften zu berücksichtigen.

12. GELTUNGSBEREICH

ANALOG § 9 ABS. 7 BAUGB

Siehe Plan.
Die planungsgemäße Nutzung der Flächen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes liegen, ist im Rahmen der geltenden Vorschriften zu berücksichtigen. Die Flächen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes liegen, sind im Rahmen der geltenden Vorschriften zu berücksichtigen.

KENNZEICHNUNGEN (§ 9 ABS. 5 BAUGB)

Munitionsfunde

- Im Plangebiet wurde nach Auswertung der verfügbaren Luftbilder Bombardierungen bzw. Artilleriebeschuss durch die alliierten Streitkräfte festgestellt. Im Plangebiet sind Munitionsfunde nicht auszuschließen. Im Geltungsbereich muss bei Bauarbeiten mit Blindgängern gerechnet werden. Das Gefährdungsband beginnt ab GOK 1945 bis in eine Tiefe von 6 m, endet aber an gewachsenem Fels. Eine Detektion durch eine Fachfirma für Kampfmittelbeseitigung wird empfohlen.

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (§9 ABS. 6 BAUGB)

Der Standort liegt im gemäß § 27 BnatSchG mit Verordnung vom 1. März 2007 festgesetzten „Naturpark Saar-Hunsrück“. Nördlich und nordöstlich grenzt ein Überschwemmungsgebiet der Saar an das Plangebiet an. Die entsprechenden Richtlinien und Auflagen sind zu beachten.

FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. LBO UND SWG)

Abwasserbeseitigung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit §§ 49-54 Landeswassergesetz)

- Das Plangebiet ist im Trennsystem zu entwässern. Schmutzwasser ist der bestehenden Kanalisation in der Sarköver Straße zuzuführen. Unbelastetes Niederschlagswasser ist entweder über den tiefergelegenen Teil in das gem. rechtskräftigen Bebauungsplan „Donatusplatz“ festgesetzte Feuchtpotential südöstlich des Plangebietes abzuleiten bzw. zu versickern oder in den nordöstlich des Plangebietes befindlichen Vorfluter einzuleiten. Für die Einleitung des Niederschlagswassers in den Vorfluter ist eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu beantragen.

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 85 Abs. 4 LBO)

Dächer:

- Die Errichtung von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie (Photovoltaik, Solare Wärmenutzung) auf den Dachflächen ist zulässig.

Werbeanlagen:

- Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Fremdwerbung ist unzulässig. Die Höhe der Hinweisschilder oder -tafeln darf max. 4,0 m betragen. Zusätzlich ist ein Werbeblyon mit einer Höhe von 10,0 m zulässig. Unzulässig sind Wechselbild-Werbeanlagen, blinkende Leuchtkleinanlagen sowie zeitweise und sich ständig bewegende Werbeanlagen.

Böschungen, Abgrabungen, Aufschüttungen und Stützwände:

- Die Anlage von Böschungen, Abgrabungen, Aufschüttungen und Stützwände ist bis zu einer Höhe von 4,0 m zulässig. Böschungen, Abgrabungen, Aufschüttungen und Stützwände sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

Stellplätze:

- Im Sondergebiet sind gemäß § 47 LBO insgesamt mindestens 100 Stellplätze nachzuweisen.

HINWEISE

- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt. Die Vorschriften des § 13 BauGB gelten entsprechend. Damit wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von der Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB und gem. § 13 Abs. 2 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.
- Der aktuelle Flächennutzungsplan der Kreisstadt Merzig stellt für das Plangebiet gewerbliche Bauflächen dar. Das Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB ist somit nicht erfüllt. Der Flächennutzungsplan ist gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.
- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „REWE-Markt Donatusplatz“ ersetzt in seinem Geltungsbereich den rechtskräftigen Bebauungsplan „Donatusplatz“ aus dem Jahr 2003.
- Die Regelungen der §§ 39 und 44 BnatSchG sind zu beachten.
- Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BnatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen. Die Baulandeneinrichtung ist ebenfalls außerhalb der v.g. Brutzeit durchzuführen.
- Im Rahmen der Detailplanung zum Baugenehmigungsverfahren ist dem LfS eine qualifizierte Straßenplanung zur Genehmigung vorzulegen, die den Nachweis der Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit des Anschlusses an die LfL 170 erbringt. Die zu erwartende Mehrverkehre sowie die Erforderlichkeit einer Linksabbiegespur sind zu ermitteln.
- Im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sind Funde von Bodendenkmälern mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Vor Beginn der Bauarbeiten sind vom Bauträger in den von geplanten Erdarbeiten betroffenen Bereichen archäologische Sondagen zur Denkmalerkenntnis durchzuführen. Teilweise können die Sondagen auch ersetzt werden durch eine baubegleitende Betreuung der Erdarbeiten (nach einvernehmlicher Absprache mit dem Landesdenkmalamt). Sollten die Sondagen/baubegleitenden Beobachtungen Hinweise auf Bodendenkmäler ergeben, kann das Landesdenkmalamt nach Rechtsabwägung systematische Ausgrabungen fordern. Über die Art und Weise des Vorgehens und das für die bodendenkmalpflegerischen Maßnahmen eingesetzte Personal ist Einvernehmen zwischen dem Bauträger und dem Landesdenkmalamt herzustellen. Der Träger dieser größeren Baumaßnahme übernimmt im Rahmen des Zumutbaren die Kosten für alle bodendenkmalpflegerischen Maßnahmen (inkl. möglicher Kosten für zeitliche Verzögerungen), für Sondagen, Grabungen, Konservierung der Funde und die Dokumentation der Befunde und Funde (gem. § 12 Abs. 4 Satz 2 Saarland. Denkmalschutzgesetz). Das Saarländische Denkmalschutzgesetz (SDSchG) vom 19. Mai 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsblatt I S. 790), ist einzuhalten. § 20 SdschG (Ordnungswidrigkeiten) gilt entsprechend. Auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbandsverbot bei Bodenfunden gem. § 12 SdschG wird hingewiesen.“
- Sind im Plangebiet Altlasten oder altlastenverdächtige Flächen bekannt oder ergeben sich bei späteren Bauvorhaben Anhaltspunkte über schädliche Bodenveränderungen, besteht gemäß § 2 Abs. 1 Saarländisches Bodenschutzgesetz (SbDSchG) die Verpflichtung, die untere Bodenschutzbehörde des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz zu informieren.
- Der VSE Verteilnetz GmbH sind die Bauunterlagen zur abschließenden Stellungnahme vorzulegen.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen:
 - Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) (Verfahren), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) (Satzung).
 - Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).
 - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).
 - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BnatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2193).
 - Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 122 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626).
- Saarländische Landesbauordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 154/04) v. 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juli 2015 (Amtsbl. I S. 632).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz - (SNG) - vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Oktober 2008 (Amtsbl. 2009 S. 3).
- § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Juni 2015 (Amtsbl. I S. 376).
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts) vom 19. Mai 2004 (Amtsbl. S. 1498), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsblatt I S. 790).
- Saarländisches Massengesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 3. Dezember 2013 (Amtsbl. I 2014 S. 2).
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundesbodenschutzgesetzes - (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SbDSchG) vom 20. März 2002, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsbl. S. 2393).

VERFAHRENSVERMERKE

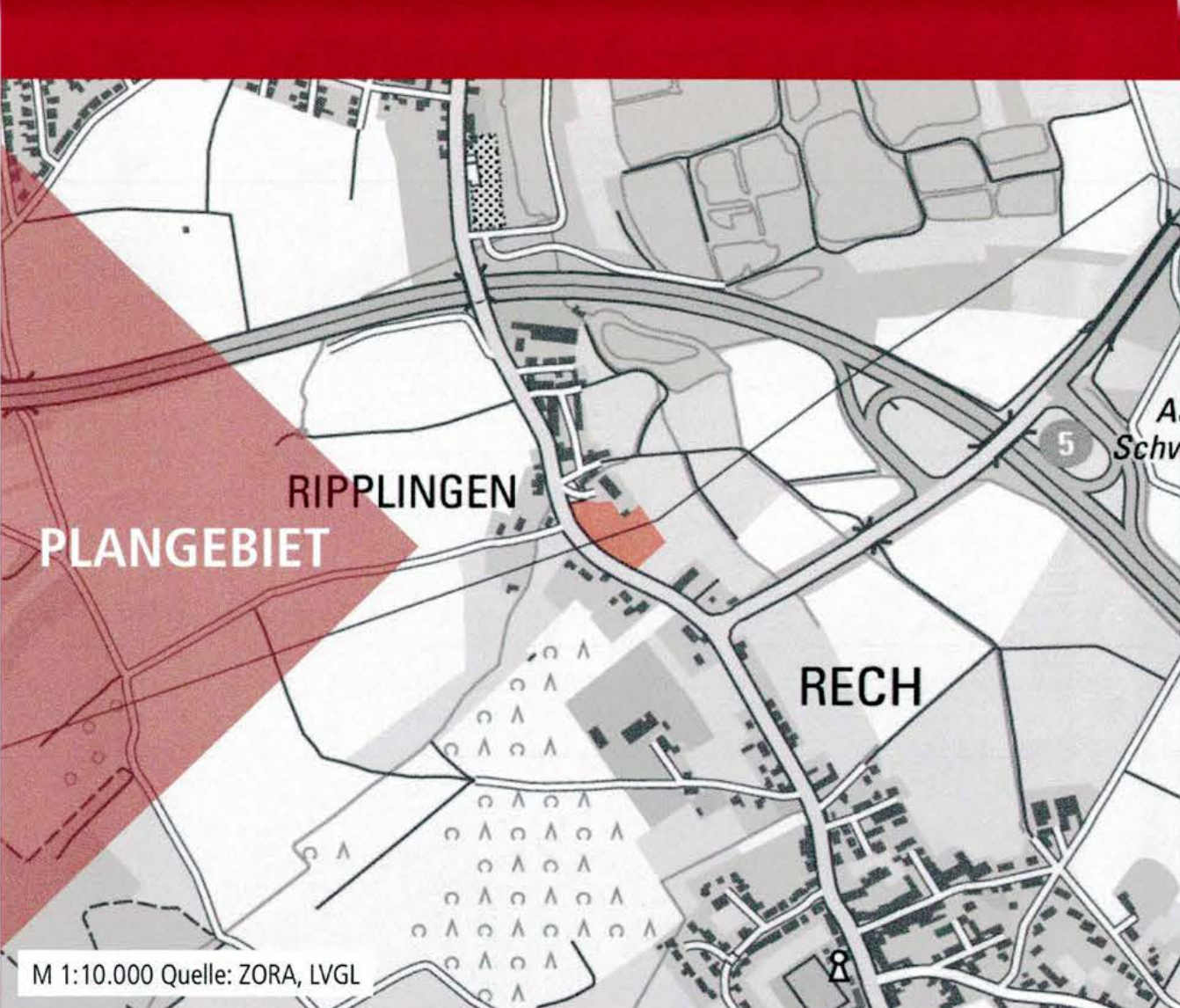
- Die Vorhabenprüfung, die Projektlinie Zimmer & Horsch GmbH, hat Schreiben vom 21.12.2016 die Einleitung eines Satzungsverfahrens nach § 12 BauGB beantragt.
- Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat am 16.02.2017 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „REWE-Markt Donatusplatz“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am 22.02.2017 ortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird gem. § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Gem. § 13a Abs. 3 und 4 BauGB wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB nicht durchgeführt.
- Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat in seiner Sitzung am 16.02.2017 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „REWE-Markt Donatusplatz“ beschlossen (§ 13a BauGB, § 13 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 02.03.2017 bis einschließlich 03.04.2017 öffentlich ausgelegt (§ 13a BauGB, § 13 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, ein Antrag unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden (§ 47 der Verwaltungsverfahrensordnung (alte Fassung) i.V.m. § 233 Abs. 1 BauGB), aber hätten geltend gemacht werden können, am 22.02.2017 ortsüblich bekannt gemacht (§ 13 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 22.02.2017 von der Auslegung benachrichtigt (§ 13a BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 03.04.2017 zur Stellungnahme eingeräumt.
- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen

Merzig, den 25.03.2017
Der Bürgermeister i.V. Dieter Ernst
Erster Beigeordneter

Merzig, den 27.03.2017
Der Bürgermeister i.V. Dieter Ernst
Erster Beigeordneter

REWE-Markt Donatusplatz

Vorhabenbezogener Bebauungsplan in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Ballern



Bearbeitet im Auftrag der Projektlinie Zimmer & Horsch GmbH
Bahnhofstraße 27
66663 Merzig

Stand der Planung: 11.08.2017
SATZUNG

Maßstab 1:1.000 im Original
Verkleinerung ohne Maßstab

KERN PLAN